

## Für die nosleidenden Gläubiger!

### Sozialdemokratische Aufwertungsforderungen

Der Reichsausschuss des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung der kleinen Regierungsvorlage zur Aufwertungslösung fort. Der Abschnitt, bei dem Recht des Gläubigers, die aufgeweckte Hypothek in eine Grundschuld umwandeln zu lassen, regelt, wurde im wesentlichen nach dem Entwurf angenommen. Einige Verbesserungsanträge des Abg. Dr. Böse fanden nur die Zustimmung der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Zur Erörterung des Entwurfs stellten die Sozialdemokraten einen Antrag, der für die tünige Schaffung des Aufwertungssredits von grundlegender Bedeutung und zugleich ein Beispiel für das Gerechtigkeitsgefühl des Reichstags ist. Der Antrag regelt, daß eine höhere oder geringere Aufwertung der sozialen Forderungen nach allgemeinem Vorwissen keine Abwendung von dem normalen Goldfuß zulässig ist, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden Vertragsstaat zur Abwendung einer großen Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Die höhere Aufwertung soll jedoch auf 50 Prozent des Goldfußbetrags begrenzt werden, die geringere nicht unter den Salz von 15 Prozent, den das Gesetz schon vorsehst, herantreichen.

Zur Begründung dieses Antrages führt der Abg. Böse aus: Das Ziel müsse sein, das Interesse, das bei der bestreiteten Aufwertung entstehende Forderungen immer übersteige, auf das kleinste Maßestrich zu reduzieren. Deshalb mußte in den Fällen, in denen der Schuldner eine ungerechtfertigte starke Bereicherung erfahren habe, den verarmten Gläubiger mehr geschützt werden, als das Gesetz vorsehe. Das gerade seien die Fälle, die die Beamten in Ereignissen, in denen der ehemals wohlhabende Gläubiger alles verloren habe zugunsten eines Schuldners, der aus der Inflation mit großem Gewinn hervorgegangen sei und nun ein luxuriöses Leben führe. Der Antrag bedürfe sich auf die vorläufige Forderung, verlorde also die Hypothek nicht, koste folglich den öffentlichen Glühorn des Grundfußs nicht an.

Auf Bausch der Vertreter der Regierungsparteien wurde die Beratung des Antrages zurückgestellt. Reichsjustizminister Dr. Herzog, der gleichfalls diesen Bausch vertrat, gab jedoch zu verstehen, daß die Regierung den Antrag ablehnen werde. Er erklärte nämlich, der Antrag berührte einen jener Grundlagen des Entwurfs, bezüglich deren die förmlich abgegebene Regierungserklärung sage, daß an ihnen nichts geändert werden dürfe.

## Die Kleinrentner preisgegeben

Der Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurden am Dienstag die Anträge über die Invalidenversicherung zu Ende beraten. Der Streit zwischen der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist im Umlaufschuß ausgelingen worden. Die Invalidenversicherung erhält von der Ausland-Umwertung 33 Millionen Mark. Der Antrag der Regierungsparteien, die neue 7. Lohnklasse erst am 1. Januar 1928 in Kraft treten zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine für die Sozialparteien bezeichnende Debatte entstand, als bei der Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hielten neben dem Sozialamtantrag einen Sonderantrag eingebracht, der von der Regierung eine Denkschrift über eine Kleinrentnerversorgung verlangt. Andere vom Zentrum protestierte gegen das Vorgehen der Blodbrüder. Abg. Hoch (Sos.) erklärte, daß die Sozialdemokraten sich in den Beurtheilung nicht einmischen wollen. Schließlich mußten die Rechtsparteien ihren Antrag vorschieben. Nicht einmal die Rulste blieb ihnen, hinter der sie ihren Unfall verborgen konnten. Sie haben die Kleinrentner preisgegeben!

## Deutschnationale politische Geme

Aus Schweden wird berichtet: Bei der vor kurzem erfolgten Wiederwahl im Landtag wurden die Pläne der Nationalen und der Kommunisten dadurch gestört, daß ein Abgeordneter der Nationalen und der Kommunisten angeschlagen war. Darauf wurde die Wiederwahl des Demokraten Dr. Möller zum Justizminister möglich. Die Wahl des Ministers ist geblieben. Die Deutschnationalen setzten sich aber hinter dem Rücken des Landtagspräsidenten mit dem Kuraupersonal des Landtags in Bekladung und erhielten so die Stimmenmehrheit. Durch Abstimmengleich wurde dann der Rat der Räte des "Lebensländer" festgestellt, gegen den alabald die in Mecklenburg übliche Heimwehr kam. Es wird seines Lebens nicht mehr froh werden, denn nicht nur sein politisches Ansehen, sondern seine wirtschaftliche Existenz werden vernichtet werden.

## Das sozialdemokratische Wien

A. Wien, 29. März. (Sig. Drahl.) Am Dienstag hat der Sozialdemokratische Außenminister Genosse Vondercelde eine Reihe von Anträgen und Bauten in der Gemeinde Wien befürwortet. Da er nach Weißdruck in den Bebel-Hof kam, stromten die Besitzer aus den umliegenden Häusern zusammen und begrüßten ihn herzlich mit Applaus. Vondercelde dankte und sagte, daß er vor seiner Amtierung zur Beethovens Feier nach Wien gekommen waren, aber es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, auch zu den Freiheiten zu kommen und sie zu begutachten. Er wäre vor 20 Jahren zum ersten Male in Wien gewesen und damals von einer Adler empfangen worden. Wien war damals in den Händen der bürgerlichen Parteien. Er müsse den Wiener Arbeitern seine Unterstützung aussprechen, daß Wien die einzige große Stadt der Welt ist, die von Sozialdemokraten regiert und, wie er feststellen müsse, so wunderbar regiert wird. Vondercelde befand dann auch im Bebel-Hof die Arbeiter in ihren Wohnungen und wurde überall herzlich begrüßt.

## Ständige Kontrolle am Balkan

P. Paris, 29. März. (Sig. Juntspruch.) Die Entspannung zwischen Italien und Südtirolen ist wieder erneut nach einem heiteren Weg zur Entspannung gefunden. In der Italienkommission wird festgehalten, doch wollen die Italiener, daß die englische Regierung den Charakter der Italienkommission ändert, die an die albanische Stellung entsandt werden soll, um zu ändern, daß dieser Kommission aus Militär- und diplomatischen Gründen einiges Maßnahmen vorbehalten werden sollen, so lange bis eine politisch-militärische Entspannung in den Beziehungen der interessierten Länder eingetreten ist. Endgültige Zustimmungen liegen aber bisher nicht aus Rom noch aus Belgrad vor.

## Südostwien protestiert gegen die Mobilisierung Albaniens

N. Belgrad, 29. März. (Sig. Juntspruch.) Die jugoslawische Regierung hat die alliierten Mächte durch eine Verhahnote davor unterrichtet, daß sie sich durch eine mit italienischer Hilfe ausführte Mobilisierung in Albanien bedroht fühlt. Eine Antwort der alliierten Regierungen auf diesen Schritt ist noch den bisher vorliegenden Nachrichten nicht erfolgt.

## Die verkaufte Sowjetbureaucratie

Aufstellung sogar durch "Parteilose" notwendig

Wien, 29. März. Das Generalkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschäftigt sich mit der Durchführung einer Maßnahme, die dem herrschenden Regime in den verschiedenen Massenanhänger sichern soll. Es ist dies die Ausübung einer Macht, die dem großen Massen, die in mehr oder weniger verantwortliche, in einzelnen Fällen auch leitende Stellen in der Staatsverwaltung und Industrie besetzt werden. Diese Maßnahme wird offiziell mit dem Wort "Durchsetzung" bezeichnet. Die Sowjets, die verschiedene Staatsbehörden und Betriebe werden von der KP nachdrücklich an ihre Pflicht erinnert, in ihrem Apparat Raum zu schaffen für beschäftigte Vertreter des Proletariats. Besonders wird die Notwendigkeit betont, neben Kommunisten auch parteilose Arbeiter einzustellen. Da die

Erfahrung gezeigt hat, daß die "Gewandelschönen" von den Behörden und Unternehmungen meist angewendet werden, wird letztere die Bereitstellung für eine ausreichende Sicherung dieser dem Proletariat und der Sowjetunion dienenden Beamten auferlegt.

**Ungarn ohne Kontrolle.** Aus Paris wird geschrieben, daß den Bericht der Internationalen Militärkonferenz die Aufstellung einer Militärkontrolle über Ungarn vom 31. März beschlossen. Die Mitglieder der Militärkontrollkommission werden aber noch bis zum 15. April in Ungarn bleiben, um die Ausführung gewisser noch schwiegender Arbeiten zu überwachen. Besonders wird die Notwendigkeit betont, neben den Offiziere in der Armee sowie die Schaffung von

# 700 Millionen Steuerrückstände

Von Paul Herz

Die Defizit des Reichstags für das Jahr 1927

bereitet Reichsregierung und Regierungsparteien eine schwierige Lage. Sie selbst geben das Defizit auf 12 Millionen an, von dem nur ein Teil durch höherer Ertrag der Einnahmen bei den Einkommen- und Gewerbesteuern gedeckt ist. Sie suchen infolgedessen den Zahlbetrag durch Abbau sozialer Ausgaben zu verringern, obwohl dadurch die Lage der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten, der Invaliden und Kleinrentner weiter verschärft wird. Diese Absicht kann bei einer Regierungskoalition nicht wundernehmen, die ihr größtes Anliegen die Sicherung des Unternehmenssektors sieht und die die wirtschaftliche Gesundung auf Kosten der breiten Massen des Volkes herzustellen gedenkt.

Deutlicher noch zeigt sich diese unsoziale Tendenz des Bürgerblods bei der Gestaltung der Einnahmen des Reiches. Jede Erhöhung der bestehenden Besteuerabelastung wird abgelehnt. Selbst die Rücken des Besitzsteuersystems, die nur der Schonung steuerfreier Elemente dienen, sollen nicht ausfüllt werden. Dafür aber wird die Mietsteuer wesentlich erhöht, die Verbrauchssteuern werden in aller Höhe aufrechterhalten und jede Milderung wird abgelehnt. Aber nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch durch die Bewaltung werden die bestehenden Kreise steuerlich gejagt.

Ähnlich der Staatsberatung hat das Reichsfinanzministerium eine Denkschrift über seine Tätigkeit vorgelegt. In ihr wird mitgeteilt, daß außerordentlich hohe Rückstände an Reichssteuern vorhanden sind, und zwar betragen sie:

	Stand am Gesamtmumme der Rückstände	Stunden gesammelt
1. 1. 1926	307 472 000	176 072 000
1. 4. 1926	478 341 000	241 145 000
1. 7. 1926	420 578 000	216 371 000
1. 10. 1926	620 181 000	287 999 000

Diese Übersicht ergibt, daß die Rückstände, die zu Anfang des Jahres 1926 rund 380 Millionen betrugen, bis zum 1. Oktober auf 620 Millionen gestiegen sind. Das Reichsfinanzministerium gibt zu, daß diese ungeheure Steigerung noch nicht den Höhepunkt darstellt und daß am 1. Januar 1927 diese Summe erheblich übersteigen wird. Man wird insofern annehmen können, daß die Rückstände in den nächsten Steuern an Beginn des Jahres 1927 die gewaltige Summe von 700 Millionen erreicht haben werden. Mit dem bereits ein ganz unerträglicher Zustand, der die Desorganisation unserer Finanzverwaltung grell beleuchtet, so ist die Zukunft noch bedrohlicher, daß nur etwa die Hälfte dieser Summe aus getilgten Steuern besteht und die andere Hälfte rückständig ist, obwohl niemals eine Stundung ausgebrochen wurde.

Auf welche einzelnen Steuern diese Rückstände entfallen, gibt die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums leider nicht an. Es ist nur ersichtlich, daß diese Aufstellung nur die Rückstände an Besitz- und Verkehrssteuern enthalt und die Rückstände an Bösen und Verbrauchssteuern nicht umfaßt. Hier sind sie aber ebenfalls, s. B. bei-

der Tabaksteuer, recht ernstlich. Nur für die Erbbaurechte gibt die Denkschrift Einzelheiten an. Dennoch bei der Erbbaurechtssteuer spielen die Rückstände eine sehr große Rolle. Sie sind von dessenwillen zu erheben, weil Grundvermögen und Betriebsvermögen im Erbbaurecht gegeben ist. Die Rückstände betragen daher bei der Erbbaurechtssteuer nach dem Stande vom 1. Januar 1927 schätzungsweise 50 Millionen. Sie sind also höchstens in 1928 in die Erbbaurechtssteuer geliefert.

Als Erklärung für diese Rückstände führt das Finanzministerium zweierlei Gründe an: 1. die steuerpflichtiger, die Steuerleistungen hinausgezögert, um sie dann aus dem einen oder dem anderen Grunde erlassen zu erhalten. Und 2. die Überbelastung der Finanzkasse, die mit den vorhandenen Kräften nicht für einen ordnungsgemäßen Eingang der Steuern sorgen können. Selbst wenn diese beiden Gründe für eine ausreichende Erklärung ansieht, sind sie doch eine schwere Anklage gegen unser Steuersystem. Die Höhe der Rückstände bemüht, daß eine großer Teil der Steuerpflichtigen es mit oder ohne Nehmigung der Finanzbehörden versteht, sich den gefohlene Steuerleistungen zu entziehen. Der unerträgliche Steuerzahler mußte seiner Pflicht die Steuerleistung nach, der verantwortungslose Nachzahler nicht sich ihn mit oder ohne Duldung der Finanzverwaltung.

Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums bringt auch aus begreiflichen Gründen keine Angriffe über die Höhe der Rückstände im Einzelfall. Es läuft denkbar, daß die Rücksumme von 700 Millionen Rückständen allein von den kleinen und leistungsfähigen Steuerpflichtigen erreicht werden kann. Die artige Steuerzahler müssen an diesen Beträgen mit etwas Summen beteiligt sein.

Es wäre die dringende Pflicht der Reichsregierung und der Regierungsparteien alle Maßnahmen zu treffen, um diese Rückstände einzuziehen. Selbst wenn man die Rückstände dort erlaßt, wo Billigleistungsduldungen Raum haben, so muß man immer noch viele hundert Millionen jährlich die Reichskasse retten können.

Von solchen Absichten der Reichsregierung aber weiß man nichts. Sie scheint sich der unterirdischen Steuerpflicht hinzu beugen zu wollen. Sie verzichtet auf die Herabsetzung der steuerlichen Gleisfähigkeit. Sie verzichtet auf die Schaffung der ehrlichen Steuerzahler vor den unehrlichen und lieber lieber die sozialen Ausgaben ab. Wir sind überzeugt, daß die Schichten des Volkes, die unter einer solchen Politik zu leiden haben, für diese Schonung des Volkes Verständnis zeigen werden. Denn es ist der Hauptziel einer unsozialen Politik, Erwerbslose, Kleinbauern, Arbeits- und Kleinrentner leben zu lassen, obwohl die Regierung für ihre ausreichende Fürsorge schon durch die soziale Durchführung der bestehenden Steuergesetze bestrebt werden kann.

Von solchen Absichten der Reichsregierung aber weiß man nichts. Sie scheint sich der unterirdischen Steuerpflicht hinzu beugen zu wollen. Sie verzichtet auf die Herabsetzung der steuerlichen Gleisfähigkeit. Sie verzichtet auf die Schaffung der ehrlichen Steuerzahler vor den unehrlichen und lieber lieber die sozialen Ausgaben ab. Wir sind überzeugt,

die englische Armee braucht für die Bewaffnung des Reichsvertrags zu zeigen werden. Denn es ist der Hauptziel einer unsozialen Politik, Erwerbslose, Kleinbauern, Arbeits- und Kleinrentner leben zu lassen, obwohl die Regierung für ihre ausreichende Fürsorge schon durch die soziale Durchführung der bestehenden Steuergesetze bestrebt werden kann.

## Beschleuderung der Volksgerichte

Die Ausgabenwirtschaft der Reichswehr — Sozialdemokratische Kritik im Reichstage

29. Sitzung, Dienstag, 29. März

Der Reichstag wird ohne Aussprache in erster und zweiter Lestung angenommen. Darauf wird die zweite Lesung des Wehrstetts fortgesetzt. Auch dieser zweite Tag der Reichswehrsprache trug den Charakter einer sachlich hochstehenden Militärdebatte, wie sie der Reichstag seit einer Reihe von Jahren nicht mehr erlebt hat. Auch die bürgerlichen Parteien konnten nicht aktiv an der sozialdemokratischen positiven Kritik vorübergehen. So gehandelt der Wirtschaftspartei Dr. Bredt zu, daß im Vergleich zur englischen Armee die Kosten des deutschen Heeres zu teuer seien. Auch Einzelheiten bemängelte dieser Redner. So hoffte er unter höherer Zustimmung, daß die traurigen Haushaltsergebnisse mehr in das Heer fallen sollten, nicht aber in eine moderne Truppe. Den Mittelpunkt des Tages bildete die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Leber, der den Krieg als Offizier erlebt hat, und die Antwort des Reichswehrministers.

### Abg. Dr. Leber (Sos.):

Der Reichswehrminister hat ausgeführt, daß in feindem einzigen Punkte Abstreite möglich seien. Wie sind andere Meinung als der Minister. Ein ähnliches Bild zur Sparfamilie würde sofort erhebliche Ausgaben einsparen. Die unverhältnismäßig hohen Summen des Wehrstetts sind überaupt nur zu erklären aus ganz großzügiger Ausgabenwirtschaft. Natürlich seien ja den gewöhnlichen Unterschied zwischen einem und zwei, aber daraus ist das Wehrstetts nicht zu erklären. Dazu ist es zu ungewöhnlich. Die gefaßte deutsche Armee mit ihrer riesigen Artillerie, ihren Fliegern, ihrem einzigen bestehenden Mobilmachungsapparat, ihren Waffen und Munitionen kostet 1926 etwa 750 Millionen. Die kleine Reichswehr mit ihrer schwächeren Artillerie, weniger als 75 Millionen an schwächeren Geschützen gibt nicht etwa weniger aus als 75 Millionen an. (Hört, hört!) Ist das alles irgendwie in Einklang zu bringen mit dem Begriff Sparfamilie?

Die englische Armee braucht für die Bewaffnung des Reichsvertrags insgesamt insgesamt 101 Millionen, die deutsche für den Krieg fordert über 130 Millionen. (Hört, hört!) Nun hat England eine schwere Armee von 160 000 Mann, dazu hat England einen Mobilmautapparat für fast eine halbe Million. Diese Armee verzögert über Artillerie älter Kaliber, die mindestens jahrelang so groß wie die deutsche ist. Diese Armee hat schwere Artillerie, Tanks, Gaswaffen aller Art. Und trotzdem braucht sie für deren Aufstellung Millionen weniger als die kleine deutsche Reichswehr. (Hört, hört!) Wenn man die schwere Bewaffnung ähnlich aufsetzt, so ist die Rüstung der deutschen Armee von 160 000 Mann, dazu hat Deutschland einen Mobilmautapparat für fast eine halbe Million. Diese Armee verzögert über Artillerie älter Kaliber, die mindestens jahrelang so groß wie die deutsche ist. Diese Armee hat schwere Artillerie, Tanks, Gaswaffen aller Art. Und trotzdem braucht sie für deren Aufstellung Millionen weniger als die kleine deutsche Reichswehr. (Hört, hört!)

Die deutsche Reichswehr für Waffen, Munition usw. rade doppelt soviel ausgibt, als die englische Armee (Hört, hört!).

Wir sind davon überzeugt, daß an dem Kriegsvertrag und Munition erhebliche Kosten entstehen werden. Für die Rüstung der deutschen Armee werden Kosten entstehen, die wir nicht auf die deutsche Bevölkerung übertragen können. (Hört, hört!)

Der Krieg ist ein Krieg der Bevölkerung. Der Krieg ist ein Krieg der Bevölkerung. Der Krieg ist ein Krieg der Bevölkerung. (Hört, hört!)

Das sind ganz unverhüllbare Geheimdienste, die der Krieg ist.

Die Bevölkerung ist der Krieg ist.</p